



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 4. Mai 2009 (06.05)  
(OR. en/de)**

**9309/09**

**COPEN 80  
EJN 26  
EUROJUST 25**

**ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

---

Absender:	Edmund Duckwitz, Ständiger Vertreter, Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union
Empfänger:	Javier Solana, Generalsekretär/Hoher Vertreter, Generalsekretariat des Rates
Betr.:	Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Vollstreckung von Entscheidungen über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union – Notifizierungsschreiben Deutschlands

---

Die Delegationen erhalten anbei ein Notifizierungsschreiben Deutschlands zum eingangs genannten Rahmenbeschluss.

\_\_\_\_\_

An den  
Generalsekretär  
des Rates der Europäischen Union  
Herrn  
Javier Solana  
Rue de la Loi 175  
1048 Brüssel

BETREFF        **Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union ("Rahmenbeschluss Sicherstellung") (ABl. L 196 vom 02.08.2003, S. 45-55);**  
HIER            **Mitteilung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an das Generalsekretariat des Rates und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften**  
ANLAGE        -1-

Brüssel, den 26. März 2009

Herr Generalsekretär,

ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2003/577/JI des Rates vom 22. Juli 2003 über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union am 30. Juni 2008 in Kraft getreten ist.

Gemäß Artikel 14 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses sind die Mitgliedstaaten zur Notifizierung des Wortlautes der Umsetzungsgesetzgebung verpflichtet.

Beigefügt übersende ich Ihnen den Wortlaut der Vorschriften, mit denen die Verpflichtungen aus dem Rahmenbeschluss des Rates vom 22. Juli 2003 über die Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln in der Europäischen Union umgesetzt wurden. Mit dem Umsetzungsgesetz wurden Vorschriften des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen geändert. Die Änderungen traten am 30. Juni 2008 in Kraft.

Nachfolgend übermittele ich den Wortlaut der Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Rahmenbeschluss:

**Zu Artikel 4:**

Zuständige Behörden sind die Staatsanwaltschaften der Länder.

**Zu Artikel 9, Absatz 3:**

Die Bundesrepublik Deutschland erkennt eine Bescheinigung in jeder Amtssprache derjenigen Entscheidungsstaaten an, die von deutschen Justizbehörden ausgestellte Bescheinigungen in deutscher Sprache anerkennen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

---